

Nachhaltige Reform der Pflegeversicherung

Politische Forderungen zur Landtagswahl 2026

Problem:

Die Pflegeversicherung steht vor finanziellen und strukturellen Herausforderungen, die sowohl Pflegebedürftige als auch deren Angehörige stark belasten. Laut Bundesrechnungshof ist bei unveränderten Regelungen bereits für 2026 ein Defizit von 3,5 Milliarden zu erwarten. Eigenanteile von rund 3.000 Euro für stationäre Pflege führen dazu, dass viele Heimbewohnende in die Sozialhilfe rutschen. Fehlende Dynamisierung der Leistungen, oftmals nicht ausreichende Angebote für die ambulante Pflege und Betreuung bei gleichzeitig steigenden Kosten erschweren die Pflegesituationen. Zudem fehlen rechtssichere Regelungen für die 24-Stunden-Betreuung im häuslichen Umfeld, während Fachkräftemangel und demografischer Wandel den Druck weiter erhöhen. Das Nebeneinander von sozialer und privater Pflegepflichtversicherung verschärft die Ungleichheit, da strukturelle Vorteile der privaten Versicherung bestehen bleiben und Risikoselektion zulasten der sozialen Pflegeversicherung erfolgt.

Forderungen der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz

- Steuerzuschuss zur Entlastung der Pflegeversicherung von versicherungsfremden Leistungen, damit Mittel gezielt für Pflegezwecke eingesetzt werden können.
- Spürbare Entlastung von Heimbewohner:innen schon vor Ablauf von drei Jahren und jährliche Dynamisierung der Leistungen unter Berücksichtigung von Inflation und Personalkosten.
- Kostenübernahme der medizinischen Behandlungspflege in stationären Einrichtungen durch die Krankenkassen.
- Abschaffung der Ausbildungskostenumlage in der generalistischen Pflegeausbildung und vollständige Finanzierung aus Steuermitteln.
- Rechtssichere Regelungen für die 24-Stunden-Betreuung im familiären Bereich, um Grauzonen und illegale Beschäftigung zu vermeiden.
- Mittelfristiger Finanzausgleich zwischen sozialer und privater Pflegepflichtversicherung, mit dem Ziel einer solidarisch und paritätisch finanzierten Versicherung.



Auf Landesebene:

- Die Investitionskosten in der Pflege sollten nicht mehr einseitig durch die Pflegebedürftigen finanziert werden.
- Niedrigschwelligere unbürokratischere Zugangsmöglichkeiten für Entlastungsleistungen z.B. durch Nachbarschaftshilfe wie es in anderen Bundesländern schon der Fall ist, sollten auch in Rheinland-Pfalz möglich werden. Sinnvoll wäre z.B. eine Regelung in Analogie zur Verhinderungspflege; (Unfallversicherung über die kostenfreie Ehrenamtsversicherung)
- Die heimrechtlichen Regelungen sollten ihren Verbraucherschutzcharakter behalten.

